

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg

SPD



» GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT – auch bei der KNSG!

» AUS DEM LANDTAG Verfassungsschutzbericht Bayern für das Jahr 2020



Liebe Leserinnen und Leser,

die Neuaufstellung der SPD in Nürnberg geht voran. Seit den Neuwahlen am 10. April fanden zwei Sitzungen des Vorstandes und eine Klausur statt. Dabei stellten wir wichtige Weichen für die Parteistrukturereform.

Auch inhaltlich haben wir Impulse in der Stadt gesetzt. Gemeinsam haben wir unter anderem mit einem Richtungsentscheid zur Klinikum Nürnberg Service Gesellschaft den Weg für einen schrittweisen Übergang in den TVÖD geebnet. (S. 3) Beim Mai-Parteiausschuss haben wir zudem eine Resolution für mehr Tempo bei den Klimazielen der Stadt beschlossen.

Als erste haben wir zudem zusätzliche Impfangebote in sozial angespannten, dicht bebauten Stadtteilen gefordert. Dort gibt es mehr Infektionen als im Rest der Stadt. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, hier zu handeln.

Mut und Rückenwind für den anstehenden Wahlkampf gibt uns zudem der zurückliegende a. o. Bundesparteitag. Höhepunkte waren die Rede von Olaf Scholz und das fortschrittliche Zukunftsprogramm. (S. 12)

Sehr herzlich möchte ich unserem Genossen Arif Taşdelen gratulieren, der zum Generalsekretär und Fraktionsvize der BayernSPD gewählt wurde!

Mit solidarischen Grüßen
Euer

Nasser Ahmed



ARIF TAŞDELEN – DER NEUE GENERALSEKRETÄR DER BAYERN SPD IM INTERVIEW

Lieber Arif, wir gratulieren Dir ganz herzlich zu deiner Wahl als Generalsekretär der BayernSPD! Was hat dich motiviert für das Amt des Generalsekretärs zu kandidieren?

Herzlichen Dank für die Glückwünsche! Natürlich gäbe es zur Zeit ruhigere und angenehmere Jobs mit weniger Arbeit und Verantwortung. Allerdings ist die aktuelle Situation unserer BayernSPD sehr besorgniserregend. Als mich Ronja Endres und Florian von Brunn gefragt haben, ob ich als Generalsekretär zur Verfügung stehe, habe ich das mit meiner Familie besprochen. Wir sind schnell zu dem Ergebnis gekommen, dass es für die ganze Familie eine zusätzliche Belastung wird, aber ich diese Verantwortung für unsere SPD übernehmen muss.

Einige unsere Genoss*innen wissen vielleicht nicht genau, was die Aufgaben eines

Generalsekretärs sind. Beschreib uns doch bitte, welche Aufgaben dich durch dieses Amt erwarten werden.

Der Generalsekretär ist eine Art Parteimanager und wirkt in erster Linie nach innen. Er organisiert die Partei intern und ist gemeinsam mit dem Schatzmeister zuständig für alle Beschäftigten der BayernSPD. Der Generalsekretär ist auch der „Wadenbeißer“, wenn es darum geht, die BayernSPD gegenüber den politischen Gegnern zu verteidigen. Ich möchte als Generalsekretär eine klare und verständliche Sprache sprechen, damit die Menschen wissen, woran sie bei uns sind.

Welche Ziele verfolgst du für deine Amtszeit?

Wir müssen wieder sichtbar werden, damit uns die Menschen in Bayern wieder wahrnehmen. Die BayernSPD muss wieder zur »

Anwältin der Bürgerinnen und Bürger werden. Unsere Bürgerbüros sollen wirklich zu Bürgerbüros werden, wo Menschen mit ihren Themen und Fragen zu uns kommen können. Ich möchte die Öffentlichkeitsarbeit vom Oberanger aus besser steuern und möchte Dienstleister für unsere Gliederungen sein. Mir liegen unsere Ortsvereine besonders am Herzen. Sie sind vor Ort das Gesicht und die Ohren der Partei, deshalb müssen wir sie mehr in den Fokus nehmen.

Generell möchte ich unsere Mitglieder besser beteiligen. Wir haben über 54.000 Mitglieder, die in Vereinen und Verbänden ehrenamtlich aktiv sind und auf verschiedenen Gebieten absolute Fachleute und beste Multiplikator*innen sind. Diesen Schatz möchte ich zukünftig für unsere Partei besser nutzen. Bei allen Vorhaben ist mir wichtig: Politik muss auch Freude machen! Ich möchte, dass unsere Genossinnen und Genossen wieder mit Stolz auf die Straße gehen und wir gemeinsam mehr Menschen für die Sozialdemokratie gewinnen.

Wie waren die ersten Wochen im Amt? Welche Projekte möchtest du direkt in Angriff nehmen?

Wie erwartet! Sehr, sehr stressig und zeitintensiv. An manchen Tagen bin ich tatsächlich mehrere Stunden in Telefon- und Videokonferenzen. Das muss auch so sein, weil ich zum einen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennenlernen möchte und zum

anderen, weil wir mitten im Bundestagswahlkampf sind. Wir versuchen zur Zeit, einen eigenen bayerischen Wahlkampf zu machen - zumindest aber eine bayerische Duftnote im Wahlkampf zu setzen. Die Ungewissheit, ob Präsenzveranstaltungen möglich sein werden, erschwert die Planung natürlich noch zusätzlich. Zur Zeit arbeiten wir auch an einem Arbeitsprogramm, das wir im Landesvorstand vorstellen und diskutieren werden, damit alle Mitglieder wissen, wo es mit der BayernSPD lang geht.

Die Bundestagswahlen stehen vor der Tür. Bis dahin steht für uns alle jede Menge Arbeit bevor. Wie willst du an die Sache rangehen? Wie können wir es gemeinsam schaffen, dass die SPD erfolgreich aus dem Wahlkampf kommt?

Wir sind in engem Austausch mit der wahlkampf führenden Stelle, das ist in diesem Fall das Willy-Brandt-Haus, und natürlich auch mit unserem Spitzenkandidaten Uli Grötsch und der Landesgruppe. In den nächsten Tagen werden wir uns virtuell mit allen Kandidierenden treffen, um auch deren Wünsche und Kompetenzen mit einfließen zu lassen. Wir wollen den Bundestagswahlkampf, der von Berlin organisiert und vorgegeben wird, mit bayerischen Themen ergänzen und so eine eigene Duftnote setzen.

2023 stehen wieder Landtagswahlen an. Was muss deiner Meinung getan werden,

damit die BayernSPD zu alter Stärke zurückfindet?

Die Landtagswahl 2023 wird für uns eine echte Schicksalswahl sein. Wir müssen alles daran setzen, das verheerende Ergebnis von 2018 zu verbessern. Dabei muss gelten: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Deshalb werden wir alle Gliederungen frühzeitig in die Wahlkampfplanung einbinden und ihre Ideen berücksichtigen. Wichtig ist auch, dass wir gute Social-Media-Konzepte erarbeiten, die wir unseren Mitgliedern mit allen weiteren Wahlkampf-Materialien zur Verfügung stellen. Für eine erfolgreiche Kampagne brauchen wir ein starkes Wahlprogramm. Auch hier möchten wir die Expertise unserer Mitglieder nutzen. Denn nur so können wir sicherstellen, dass sich möglichst viele Menschen in Bayern von unserem Wahlprogramm angesprochen fühlen.

Die beiden Vorsitzenden und ich werden gemeinsam mit allen Mandatsträger*innen unterwegs sein und unsere Themen in ganz Bayern sichtbar machen. Wir wollen wieder mehr auf die Straße und so sichtbar werden.

Was wünschst du dir für die Zukunft?

Mehr Miteinander statt Gegeneinander, das gilt für unsere Partei wie auch für unsere Gesellschaft als Ganzes. Und ich wünsche mir, dass wir als SPD in Bayern wieder eine starke Stimme werden und die Menschen in Stadt und Land für unsere Ideen begeistern.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT – AUCH BEI DER KNSG!



Die Beschäftigten der Service-GmbH des Klinikums Nürnberg während des Warnstreiks. Sie fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit!



Fotograf: Lennart Preis



Bernd Hampel, stellvertretender Vorsitzender der SPD Nürnberg solidarisiert sich mit den Beschäftigten.

von BERND HAMPEL

Auf der ersten Klausurtagung des neu gewählten Unterbezirksvorstandes am 15. Mai wurde eine Resolution zur Klinikum Nürnberg Service Gesellschaft (KNSG) beschlossen. Darin fordern wir, dass die Beschäftigten der KNSG, nach Ablauf eines abzuschließenden Übergangstarifvertrags, in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) eingegliedert werden. Es muss gelten, **gleicher Lohn für gleiche Arbeit!** Die angespannte Haushaltslage wird eine sofortige Eingliederung in den TVöD nicht zulassen. Umso wichtiger ist ein verlässlicher Fahrplan, der allen Seiten und Beteiligten Planbarkeit und Verbindlichkeit bietet.

Zudem fordern wir in der Resolution eine auskömmliche Finanzierung für kommunale Großkrankenhäuser. Die strukturelle Benachteiligung von kommunalen Großkrankenhäusern mit einem umfassenden Behandlungsspektrum in der Daseinsvorsorge muss ein Ende finden. Krankenhäuser müssen alle aus Tarifverträgen und die im Rahmen wirtschaftlichen Handelns entstandenen Kosten voll ersetzt bekommen. Der Freistaat Bayern muss seiner Aufgabe der Investitionsförderung endlich besser >>

nachkommen. Der Bund muss die Finanzierung von Löhnen auf Basis des TVöD auch bei Serviceleistungen im Klinikum in der Krankenhausfinanzierung berücksichtigen.

Wir verstehen unsere Resolution auch als einen realistischen und gangbaren Weg zur Entschärfung dieses Tarifkonflikts. Der Konflikt eskaliert unter anderem auch deshalb, weil der Oberbürgermeister im Wahlkampf 2020 den KNSG-Beschäftigten eine Eingliederung in den TVöD in Aussicht stellte, dann 14 Monate untätig blieb, um vor Kurzem einen inhaltlichen Rückzieher zu machen. Die Gewerkschaft ver.di rief die Kolleginnen und Kollegen zum Streik auf. Diesem Aufruf folgten große Teile der Belegschaft, was zu Schwierigkeiten im Klinikbetrieb führte.

Die SPD ist bereit, um nun mit Kooperationspartner und den anderen Fraktionen den schrittweisen Übergang in den TVöD möglich zu machen. Wir haben vorgelegt und klare Haltung bewiesen. Nun sind andere am Zug und müssen sich im Rathaus auch klar positionieren. Weglächeln wird man den berechtigten Streik der Kolleginnen und Kollegen nicht können.



Masken und genügend Abstand sind Pflicht: Streiken während der Corona-Pandemie.

RESOLUTION

Beschluss des Unterbezirksvorstandes – 15. Mai 2021

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Der Unterbezirksvorstand der SPD Nürnberg fordert ...

1. die schnelle Rückkehr der Klinikum Nürnberg Service Gesellschaft in den TVöD. Diese soll nach Ablauf eines Übergangstarifvertrags erfolgen. Oberbürgermeister und Klinikumsleitung müssen dafür auf die Beschäftigten und die Gewerkschaft ver.di zugehen und sich gesprächsbereit zeigen.

2. eine auskömmliche Finanzierung für kommunale Großkrankenhäuser auf Bundes- und Landesebene. Die strukturelle Benachteiligung von kommunalen Großkrankenhäusern mit einem umfassenden Behandlungsspektrum in der Daseinsvorsorge muss ein Ende finden. Krankenhäuser müssen alle aus Tarifverträgen und im Rahmen wirtschaftlichen Handelns entstandenen Kosten voll ersetzt bekommen. Zudem müssen die Länder ihrer Aufgabe der Investitionsförderung endlich besser nachkommen, das gilt auch für den Freistaat Bayern.

3. vom Bund, explizit die Finanzierung von Löhnen auf Basis des TVöD auch bei Serviceleistungen im Klinikum in der Krankenhausfinanzierung zu berücksichtigen.

RECHTE QUEERER MENSCHEN IN ALLEN LEBENSLAGEN STÄRKEN!

DER MASTERPLAN „QUEERES NÜRNBERG“

von GABRIELA HEINRICH, MdB und ULRICH BLASCHKE

Queer sein ist ein Lebensthema. Es durchläuft alle Lebensbereiche und zieht sich durch alle Lebensphasen. Es ist quasi der „regenbogenfarbene Faden“, der sich durch das ganze Leben zieht. Mit einem Coming Out ist das Thema nämlich längst nicht abgehakt. Coming Out ist kein punktuell Ereignis, es wiederholt sich und setzt sich ein Leben lang fort: neuer Chef, neue Vermieterin, neue Nachbarn – immer wieder stellt sich die Frage: Darf ich aus Sicht der Leute um mich herum so sein wie ich bin?

Vor dieser Frage stehen queere Menschen immer wieder. Jetzt wird es in Nürnberg einen Masterplan geben, der sie dabei unterstützen soll. Das Besondere daran: Der Plan wird nicht wie in anderen Kommunen von der Stadtverwaltung im Alleingang erstellt, sondern gemeinsam mit den Menschen entwickelt, die davon profitieren sollen. In Workshops, über Fragebögen oder einfach über das persönliche Gespräch können Menschen ihre Erfahrungen und Anregungen einbringen.

Im Mai ging es damit los – ein guter Anlass, das Thema nochmal bei einer Veranstaltung aufzugreifen. Das haben wir per Facebook Live getan. Wir – das sind die Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich, die zum Online-Gespräch einlud und Stadtrat Ulrich Blaschke, der den Antrag zum Masterplan „Queeres Nürnberg“ im letzten Jahr auf den Weg brachte. Mit dabei waren neben uns noch Christine Burmann, Beauftragte für Diskriminierungsfragen der Stadt Nürnberg und Michael Glas, Geschäftsführer von Fliederlich e.V., dem Queeren Zentrum Nürnberg.



Gabriela Heinrich

„Du bist ok so wie du bist. Du bist hier willkommen. Nürnberg ist deine Stadt.“

Queer – was bedeutet das eigentlich? Wenn wir über queere Menschen sprechen, meinen wir alle, die von der gesellschaftlich verankerten heterosexuellen Norm abweichen. Das kann die Geschlechtsidentität oder auch die sexuelle Orientierung betreffen. Also zum Beispiel lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen. Als Stadt des Friedens und der Menschenrechte trägt Nürnberg die Verantwortung, all ihren Einwohnerinnen und Einwohnern ein Leben zu ermöglichen, das nicht nur diskriminierungsfrei ist, sondern das allen Menschen in all ihrer Vielfalt einen Platz bietet, an dem sie sich sicher und willkommen fühlen.

Das bestätigt auch Christine Burmann. Als Beauftragte für Diskriminierungsfragen der Stadt Nürnberg ist sie Ansprechpartnerin für den Masterplan. An ihren ersten Besuch in Nürnberg erinnert sie sich bis heute gern. Damals war sie bei der Lesben- und Schwulengala zu Gast und hörte, wie der damalige Oberbürgermeister Ulrich Maly in seinem Grußwort betonte: „Du bist ok so wie du bist. Du bist hier willkommen. Nürnberg ist deine Stadt.“ Das habe ihr das Gefühl gegeben, hier eine Heimat zu haben und willkommen zu sein.

Rechte queerer Menschen überall mitdenken

Nürnberg ist bereits gut aufgestellt und verfügt über ein breites kommunales Angebot für queere Menschen – vom Jugendamt über die Jugendzentren bis hin zum Nürnberg Stift. Daneben bieten Vereine wie Fliederlich e.V. wertvolle Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten. Mit dem Masterplan „Queeres



Ulrich Blaschke

Nürnberg“ sollen diese Angebote nun besser gebündelt und sichtbarer gemacht, aber auch erweitert werden. Daraus wird dann ein großes Arbeitspaket geschnürt, das alle Lebensbereiche umfasst – von der Geburt über die Schule, den Sportverein und den Job bis hin zu Alter und Krankheit.

Vor gut einem Jahr haben wir in der SPD-Stadtratsfraktion den entsprechenden Antrag auf den Weg gebracht. Dass der Plan nun nicht von oben herab, sondern auf Augenhöhe und im engen Austausch mit der queeren Community erstellt wird, schätzt auch Michael Glas als guten Schritt nach vorne ein. Seit 30 Jahren ist er bereits bei Fliederlich e.V. aktiv, seit zehn Jahren hauptamtlich. Der Verein wurde vor rund 50 Jahren gegründet und ist mit derzeit 15 Gruppenangeboten gut aufgestellt. Mit fast ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern berät und unterstützt Fliederlich e.V. zum Beispiel queere Senior_innen, homosexuelle Eltern oder transsexuelle Jugendliche. Diese Angebote werden durchaus benötigt und auch in Anspruch genommen. Allein im letzten Jahr führte der Verein 1.100 Beratungen durch, im Vorjahr waren es sogar 1.600. Umso wichtiger ist es, diese Beratungsstrukturen zu fördern und durch hauptamtliche Stellen zu ergänzen. Das ist auch Michael Glas ein großes Anliegen.

„Niemand verliert seine Rechte, wenn sie allen Menschen gewährt werden.“

Die Rechte queerer Menschen müssen auf allen Ebenen mitgedacht werden. Hier vor Ort in Nürnberg, aber auch auf Landes- und Bundesebene. Dafür setzen wir uns auch im Bundestag ein. So wollen wir in der SPD-Bundestagsfraktion zum Beispiel das längst überholte Transsexuellenrecht zu einem Selbstbestimmungsrecht reformieren, ein modernes Abstammungsrecht einführen, mit dem ein Kind auch automatisch zwei Mütter haben kann, und geschlechtliche und sexuelle Identität explizit im Grundgesetz schützen. Das Gespräch mit unseren Expert_innen und den Zuschauer_innen hat uns nun nochmal unterschiedliche Perspektiven und wichtige Themen aufgezeigt, die wir in unsere Arbeit in Nürnberg und Berlin mitnehmen möchten. Fest steht: Queer sein muss als einer der vielfältigen Aspekte unserer Gesellschaft endlich mehr zur Normalität werden. Davon profitieren wir alle, denn – wie Christine Burmann es so treffend sagte: „Niemand verliert seine Rechte, wenn sie allen Menschen gewährt werden.“

Wer mehr über den Masterplan „Queeres Nürnberg“ erfahren oder selbst gerne an der Erstellung teilnehmen möchte, findet hier alle Informationen:
<https://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/>

72 JAHRE SPD –

75 JAHRE GEWERKSCHAFT –

UND 91 JAHRE ALT

EINE GEBURTSTAGSÜBERRASCHUNG FÜR DIE

IG-METALL-LEGENDE HORST KLAUS



hinten (von li. nach re.): Helga Langenberger, Horst Klaus, Rolf Langenberger, Ulli Schneeweiß, Andreas Schreiner, Julia Ringler vorne: Claudia Kupfer-Schreiner, Fabian Meissner

von **CLAUDIA KUPFER-SCHREINER** in Zusammenarbeit mit **JULIA RINGLER** und **ROLF LANGENBERGER**

Nachdem der 90. Geburtstag von Horst Klaus im vergangenen Jahr coronabedingt nicht gebührend gefeiert werden konnte, überrascht der Ortsverein Lichtenhof sein berühmtes Mitglied nun ein Jahr später anlässlich seines 91. Geburtstags mit einem kleinen Empfang im Gewerkschaftshaus, wo der Jubilar stets ein gern gesehener Gast ist.

Gewerkschafter der ersten Stunde

Horst Klaus ist Gewerkschafter der ersten Stunde nach 1945. Bereits 1949 beteiligt er sich als Streikposten bei den Triumph-Werken am Metallerstreik. Im gleichen Jahr tritt er in die SPD ein, „weniger eine bewusste politische Entscheidung als vielmehr das Gefühl, dazugehören zu müssen“, sagt er.

In der IG Metall beginnt Horst 1956 als Jugend-, Bildungs- und Organisationssekretär. Er gilt als Pionier der Jugendarbeit der Nürnberger IG Metall, die immer einen eigenen Jugendsekretär hatte und hat und die damals mit ihren verschiedenen Gruppen und dem Jugendchor bundesweit ein Vorbild ist. Von 1974 bis 1983 ist er erster Bevollmächtigter der IG Metall in Nürnberg; 1983 wechselt Horst als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft von Nürnberg nach Frankfurt.



Horst Klaus 1988 beim Aktionstag des DGB am Hauptmarkt / Foto: verdi-Archiv



Die fünfziger Jahre: Jugendsekretäre unter sich: Horst Wagner (li.) und Horst Klaus (re.) Foto: Joachim Diederichs

Die Themen und Aufgabenfelder seiner Gewerkschaftsarbeit sind gleichzeitig ein Stück Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg: Betriebsratswahlen, Vertrauensleutearbeit, der Kampf um Lohngruppen, Arbeitszeiten und Ausbildungsgesetze. Dann, Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre, bestimmen die Auseinandersetzungen um den Strukturwandel in Nürnberg seine Arbeit. Horst und die IG Metall machen Industrie- und Strukturpolitik zu einem gesellschaftlichen Thema in Nürnberg und weit darüber hinaus.

Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, sagt Horst, ist dabei einer der größten Erfolge. Und am unerfreulichsten, sagt er, „... war alles, was mit der Treuhand in Berlin zusammenhängt“, denn dort war er von 1990 bis 1992 Gewerkschaftsvertreter im Verwaltungsrat.

Engagement über die Gewerkschaft hinaus

Horst bringt gesellschaftspolitisch wichtige Themen in die Gewerkschaft ein. Er ist dabei unbequem und geht Konflikten um seiner Überzeugung willen nicht aus dem Weg:

Er kämpft gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik nach dem Krieg, engagiert sich in der Anti-Atom-Bewegung und der Friedensbewegung und setzt sich gegen Rechtsextremismus ein. Bundesweit macht er sich einen Namen als Organisator der

Ostermärsche und fährt 1960 als einer von sechs Jugendfunktionären der IG Metall zum Ostermarsch nach London.

Horst Klaus und die SPD

Seiten füllen könnte man mit der Aufzählung seiner Funktionen in der Gewerkschaft, in Aufsichtsräten – und in der SPD Nürnberg, wo er 1976, Willy Pröhl ist damals Parteivorsitzender, zu dessen Stellvertreter gewählt wird. Und dies, obwohl ihn Parteimitglieder ein paar Jahre zuvor aus der Partei ausschließen wollten.

Anlass sind die Notstandsgesetze, die die Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) in den sechziger Jahren auf den Weg bringen will. Sie lösen einen Sturm der Entrüstung aus, auch der DGB und die IG Metall sind dagegen. Beim „Sternmarsch auf Bonn“ im Mai 1968 demonstrieren Zehntausende gegen das Gesetzesvorhaben. In Nürnberg gründet sich ein „Kuratorium Notstand der Demokratie“, dessen Sprecher Horst ist. Dieses Kuratorium veranstaltet anlässlich des Bundesparteitages der SPD 1968 in Nürnberg vor der Meistersingerhalle eine Kundgebung, was die Partei empört und in ein (letztendlich erfolgloses) Parteiordnungsverfahren mündet.

Für Frieden und Gerechtigkeit

Auch heute noch finden wir Horst selbstverständlich weiter an der Seite seiner Gewerkschaft und seiner Partei, zum Beispiel aktuell bei den Mahnwachen der ver.di-Initiative gegen die Ausweisung einer türkischen Ärztin – und natürlich bei den Veranstaltungen unserer Lichtenhofer SPD.

Horst Klaus steht für lebenslanges Engagement für eine bessere Welt, für Frieden und Gerechtigkeit. Aus der Geschichte lernen bedeutet für ihn stets, dass eine starke Demokratie auch starke Gewerkschaften braucht. Er war und ist ein unbeugsamer und unbeirrter Mahner, der die Kraft einer Gemeinschaft, ob bei den Metallern oder in der SPD, im Zusammenhalt, in der Solidarität sieht, etwas, wofür wir uns immer wieder erneut einsetzen müssen.

Wir gratulieren dem Wahl-Nürnberger und Träger der Bürgermedaille unserer Stadt von ganzem Herzen zum Geburtstag, und wir wünschen ihm noch viele gesunde und aktive Jahre – und uns auch künftig seinen Rat und seinen Einsatz für Gewerkschaft und Sozialdemokratie.

Wir bedanken uns bei ver.di und Ulli Schneeweiß für die Gastfreundschaft und Unterstützung bei den Recherchen zur Biografie von Horst Klaus. Im Rahmen des Aufbaus eines Nürnberger Gewerkschaftsarchivs bei ver.di entstanden interessante Videos/Interviews mit Horst Klaus, anzusehen unter <https://t1p.de/uid0>.

STATT NUR APPLAUS: DIE PFLEGE ZUKUNFTSFEST MACHEN

von **GABRIELA HEINRICH, MdB**

Die Bundestagswahl wird auch eine Entscheidung über die Zukunft der Pflege sein. Corona hat deutlich gemacht, wie wichtig ein starker Sozialstaat ist, der die Gesellschaft auch in Krisenzeiten stabilisiert. Wir arbeiten im Bundestag schon seit langer Zeit an Verbesserungen in der Pflege, und es gibt Fortschritte. Die SPD will die Sicherheit im Alter und bei Pflegebedürftigkeit weiter ausbauen. Bei der fairen Bezahlung der Pflege wollen wir noch vor der Bundestagswahl vorankommen, statt nur zu applaudieren.

In den vergangenen Jahren haben wir sowohl die Leistungen für Pflegebedürftige mit der Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes als auch die Unterstützung für pflegende Angehörige deutlich ausgebaut. Jetzt muss es als nächstes um die Heimkosten gehen. Erreicht haben wir bereits, dass Kinder nicht mehr für die Pflegekosten der Eltern herangezogen werden, wenn sie weniger als 100.000 Euro im Jahr verdienen. Im nächsten Schritt wollen wir die Eigenanteile für die Pflege im Heim deckeln. Das ist wichtig: Die hohen Eigenanteile sorgen dafür, dass diejenigen, die im Alter auf eine Betreuung im Heim angewiesen sind, ihr Ersparnis aufbrauchen müssen und viele am Ende ein Fall für die Sozialhilfe werden.

Dieses Problem wollen wir lösen und waren damit bisher am Widerstand von CDU und CSU gescheitert: Gesundheitsminister Jens Spahn hatte zwar groß eine Pflegereform angekündigt, aber anschließend nichts getan – und das Zeitfenster schließt sich. Ob noch in dieser Wahlperiode oder in der nächsten – wir müssen dranbleiben und damit einen Schritt auf das eigentliche Ziel hin machen: Wir wollen die Pflegeversi-

cherung zur Vollversicherung ausbauen. Wir wollen, dass sie künftig alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdeckt. Mit einer SPD-geführten Bundesregierung mit Olaf Scholz ließe sich dies auch durchsetzen. Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Gleichzeitig sieht unser Zukunftsprogramm auch Verbesserungen für pflegende Angehörige vor, etwa die Familienpflegezeit mit Lohnersatzleistung.

Verbesserungen für Pflegekräfte

Eine starke Pflege braucht starke Beschäftigte. Mit dem Pflegeberufegesetz haben wir die Ausbildung reformiert und machen sie attraktiver. Mittlerweile finanziert der Bund jede zusätzliche Stelle für die Pflege im Krankenhaus und unterstützt auch die Altenpflege in den Heimen zusätzlich. Das Problem bleibt allerdings, für die vielen neuen Stellen auch Interessenten zu finden. Zu den bereits beschlossenen Reformen gehören daher auch Maßnahmen für bessere Arbeitsbedingungen: Das Pflegepersonalstärkungsgesetz stellt 70 Millionen Euro im Jahr für Leistungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zur Verfügung. Auch Maßnahmen zur Digitalisierung werden finanziell unterstützt, damit mehr Zeit für die eigentliche Pflege bleibt.

Der wohl wichtigste von der SPD durchgesetzte Schritt sind aber die Pflegepersonaluntergrenzen in Krankenhäusern. Sie gelten für alle pflegesensitiven Bereiche im Krankenhaus, sollen Überlastung verhindern und mehr Zeit für Pflege schaffen. Wir wollen als nächstes über die Untergrenzen hinausgehen und zwar mit einem Personalbemessungsrahmen – und das auch für die Alten- und Pflegeheime. Hierzu haben wir im Bundestag als ersten Schritt die modellhafte Erprobung dieses Konzeptes durchgesetzt und finanziell gesi-

chert. Die SPD handelt also, wo andere Parteien immer nur reden.

Bei der Entlohnung der Pflege gibt es übrigens bereits Fortschritte. Laut dem Statistischen Bundesamt stiegen die Verdienste vollzeitbeschäftigter Fachkräfte (wie Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger) in den letzten zehn Jahren um rund ein Drittel (32,9 Prozent). Bei den Fachkräften in Pflegeheimen stiegen sie sogar um 38,6 Prozent. Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger verdienten demnach im Jahr 2020 im Durchschnitt 3.578 Euro brutto im Monat. Ende letzten Jahres kam nun noch ein respektabler Tarifabschluss dazu, auf den sich ver.di mit Bund und Kommunen geeinigt hat. Das Interesse an der Ausbildung steigt jetzt. 2019 gab es 39 Prozent mehr Anfängerinnen und Anfänger als zehn Jahre zuvor.

Der Bundestag kann zwar keine höheren Löhne beschließen. Mit dem Pflegelohnverbesserungsgesetz hatten wir aber auf Initiative der SPD die Grundlage für einen branchenweiten Tarifvertrag für die Pflege geschaffen. Damit wollen wir nicht nur den Lohn, sondern auch die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern. Dieser Tarifvertrag ist leider an der Caritas vorerst gescheitert. Deswegen wollen wir jetzt noch vor der Bundestagswahl regeln, dass nur noch die Pflegeanbieter, die nach Tarif zahlen, dies von der Pflegeversicherung refinanziert bekommen. Dazu haben Olaf Scholz und Hubertus Heil ein Pflege-Tarif-Treue-Gesetz vorgeschlagen. Wir werden jetzt sehen, wie weit wir mit unserem Vorschlag kommen. Letztlich bleibt der branchenweite Tarifvertrag das Ziel.

Eine starke Pflegeversicherung und gute Arbeitsbedingungen mit fairen Löhnen – dafür lohnt es sich zu kämpfen!



von ARIF TAŞDELEN, MdL

Die Corona-Pandemie belastet unser Leben nun schon seit über einem Jahr. Dabei ist der Weg aus der Pandemie klar: Wir werden diese Pandemie nur besiegen, wenn möglichst viele Menschen geimpft werden. Deshalb müssen Impfangebote barrierefrei und mehrsprachig sein, damit wir auch Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse erreichen. In den letzten Wochen haben wir den Medien leider entnehmen müssen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte öfter und stärker von Corona betroffen sind. Sie arbeiten häufiger in Berufen mit höherem Infektionsrisiko und leben oft in dicht besiedelten Stadtteilen mit wenig Frei- und Erholungsflächen. Vor diesem Hintergrund ist es ein Unding, dass Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen sich gar nicht selbstständig im bayerischen Impfportal anmelden können. Denn das Impfportal gibt es nur in deutscher Sprache.

Dass Impfen wichtig ist, liegt auf der Hand. Ist ein Mensch erstmal geimpft, dann sinkt nicht nur das Risiko, mit Corona infiziert zu werden. Falls man sich trotz Impfung mit Corona ansteckt, dann ist auch ein schwerer Verlauf deutlich unwahrscheinlicher. Die Möglichkeit, sich impfen zu lassen, muss also allen Menschen schnellstmöglich angeboten werden. Wir dürfen keine Zeit verlieren, denn verlorene Zeit entscheidet während dieser Pandemie im Zweifel über Leben und Tod.

Geimpft wird man in der Regel im zuständigen Impfzentrum. Dafür muss man sich entweder per Telefon oder über das Online-Portal anmelden. Was für Menschen, die Deutsch sprechen, einfach erscheint, ist für viele Menschen eine echte Hürde. Da das Impfportal nur in deutscher Sprache zur Verfügung steht, stehen Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse vor einer unüberwindbaren Sprachbarriere. Das kann und darf nicht sein. Das Leben und der Anspruch auf eine Impfung dürfen nicht davon abhängen, ob jemand Deutsch spricht oder nicht.

Dabei ist ein Impfangebot für Migrantinnen und Migranten besonders wichtig. Studien aus verschiedenen Ländern haben schließlich gezeigt, dass Menschen mit Migrationserfahrung einem höheren Infektionsrisiko durch Covid-19 ausgesetzt sind. Sie haben häufiger Arbeitsplätze mit höherem Infektionsrisiko ohne die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten und leben oft in dicht besiedelten Stadtteilen. Diese sozialen Faktoren sorgen dafür, dass Infektionen vorprogrammiert sind, ohne dass diese Menschen etwas dafür können. Wir brauchen also: Gezielte Ansprache, klare und mehrsprachige Informationen, Impfangebote vor Ort! Genau das hat



BAYERISCHES IMPFPORTAL NUR IN DEUTSCHER SPRACHE VERFÜGBAR

STAATSREGIERUNG SCHEUT AUFWAND, UM BAYERISCHES
IMPFPORTAL MEHRSPRACHIG ANZUBIETEN

Fotograf: Lennart Preiss

die Staatsregierung im letzten Jahr und auch in diesem Jahr bisher leider versäumt.

Um dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu bereiten, habe ich mich im Bayerischen Landtag mit einer Anfrage bei der Staatsregierung erkundigt, warum das Impfportal nicht mehrsprachig zur Verfügung steht. Ich wollte außerdem wissen, was sie unternimmt, um die Impfung aller Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse sicherzustellen. Die Antwort empört mich und macht mich fassungslos. Die Staatsregierung bestätigt, dass das Impfportal nicht mehrsprachig ist und wohl auch in Zukunft nicht mehrsprachig angeboten wird. Die Begründung setzt dem Ganzen aber die Krone auf.

Die Staatsregierung argumentiert, dass der Programmieraufwand für die Impfregistrierung zu hoch sei, um mehrsprachige Versionen anzubieten. Ich finde, dass das Impfangebot und die Informationen darüber nicht von freien Kapazitäten eines Software-Anbieters abhängig sein dürfen. Wenn wir mit einem mehrsprachigen Impfportal nur ein einziges Menschenleben retten, kann der Kostenaufwand gar nicht zu groß sein.

Die Staatsregierung argumentiert außerdem, dass sich Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse auch beim Hausarzt impfen lassen könnten. Das finde ich ungeheuerlich. Erstens nimmt man diesen Menschen damit eine von wenigen Möglichkeiten, an eine Impfung zu gelangen. Zweitens sehen wir doch in der Praxis, dass Ärztinnen und Ärzte bei weitem nicht genug Impfstoff haben, um allen Menschen ein Impfangebot zu machen. Die Verantwortung auf die Arztpraxen zu schieben, ist ein Unding. Die Staatsregierung möchte offenbar die Hände in den Schoß legen und abwarten, bis die Arztpraxen die Bevölkerung durchgeimpft haben. Das geht gar nicht.

Unser Ministerpräsident Herr Dr. Söder hat noch im Oktober 2020 verkündet: „Wir haben die Aufgabe, jedes Leben zu schützen und, wenn es geht, zu retten.“ Ich erwarte, dass die Staatsregierung diesen Worten nun auch Taten folgen lässt und ihre Pflicht einsieht, allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihren Sprachkenntnissen ein Impfangebot zu machen. Denn für mich ist klar: Jedes einzelne Menschenleben ist den Aufwand wert.

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Der bayerische Innenminister hat gemeinsam mit dem Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2020 vorgestellt.

Rechtsextremismus

In Bayern ist die Zahl rechtsextremer Straftaten von 2.103 (2019) auf 2.455 (2020) gestiegen. Das rechtsextremistische Personenpotenzial (Anzahl der Personen, zu denen Hinweise bezüglich ihrer Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene vorliegen) stieg von 2.570 (2019) auf 2.770 (2020). Der besonders beunruhigende Anstieg der Straftaten um ca. 16,7 % im Vergleich zum Vorjahr liegt weit über dem schon hohen Anstieg um 5,7 % in der ganzen Bundesrepublik.

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT BAYERN FÜR DAS JAHR 2020

RECHTSEXTREMISMUS NIMMT GEFÄHRLICH ZU

Rechtsextremisten haben die Umstände in der Pandemie genutzt, um mit ihren antidemokratischen, rassistischen und ausgrenzenden Zielen und Ideen neue Bevölkerungsteile zu erreichen. Insbesondere die sozialen Medien werden zur Verbreitung antidemokratischer Ideen genutzt. Durch das vermehrte Teilen von rechtsextremem Gedankengut und Verschwörungstheorien über die sozialen Medien wird eine große Zahl an Personen erreicht. Dieses meist nicht unterbundene Verhalten ist mit für den enormen Anstieg des Personenpotenzials verantwortlich. Häufig wird das Bild einer „Corona-Diktatur“ verwendet, um unter dem Schleier des Widerstands gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten. Zudem werden die Verschwörungstheorien „Tag-X“ und die antisemitische „QAnon“-Theorie vertreten. Problematisch ist, dass durch die schwindende Bindungswirkung von Parteien und Gruppen die Identifizierung der maßgebenden Personen erschwert wird. Rechtsextremistische Parteien werden dennoch richtigerweise weiter beobachtet. Das gilt auch für die JA (Junge Alternative für Deutschland) und den vermeintlich aufgelösten „Flügel“ der AfD.

Reichsbürger*innenszene

Auch in der Reichsbürger*innenszene finden Verschwörungstheorien über eine „Corona-Diktatur“ Anklang. In dieser Szene angesiedelte Gruppierungen vermischen Verschwörungstheorien über einen angeblichen Impfwang und die 5G-Technik und wollen damit die Kontrolle durch den Staat nachweisen. Das Personenpotenzial in diesem Bereich ist von ca. 3.900 auf 4.130 angewachsen. Ziel muss sein, das Gewaltpotenzial der Reichsbürger*innenszene zu senken und dem Autonomiestreben einzelner Personen Einhalt zu gebieten. Eine mögliche Maßnahme wäre, Erlaubnisse zum Besitz von Waffen zu widerrufen. Problematisch ist, dass der Oberste Rechnungshof bei der Kontrolle von Waffenbesitzer*innen durch den Freistaat erst kürzlich erhebliche Defizite festgestellt hat (Bericht hierzu in der letzten Ausgabe des DSP).



Rechtsextremismus, Verschwörungstheorien und Antisemitismus
Die Grenzen zwischen Querdenker*innen, Verschwörungstheoretiker*innen und Rechtsextremen verschwimmen auf Corona-Demonstrationen immer mehr. Ein Problem hierbei ist auch die verstärkte Verbreitung antisemitischen Gedankenguts. Der aktuelle Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) zeigt, dass sich Antisemitismus vermehrt im Umfeld von Corona-Demonstrationen abspielt. Nach dem Verfassungsschutzbericht werden jedoch Querdenker*innen und Verschwörungstheoretiker*innen nur beobachtet, wenn sie offen zu Gewalt aufrufen. Aufgrund

der extremen Verstrickungen der Szene mit Rechtsextremen und Antisemit*innen, habe ich die Staatsregierung aufgefordert, sie schon früher unter Beobachtung zu nehmen.

Die Coronapandemie wird von Rechtsextremist*innen und Reichsbürger*innen gezielt ausgenutzt, um ihre Ideologien in der Bevölkerung zu verbreiten. Meist geschieht dies unter einem Deckmantel, und das extremistische Gedankengut wird unterschwellig verbreitet. Leider ist dieses Verhalten erfolgreich. Es ist die Aufgabe eines verantwortungsbewussten Rechtsstaats, hier rechtzeitig und effektiv einzuschreiten. Erschwerte Bedingungen bei der Beobachtung und Verfolgung extremistischer Personen dürfen keine Ausrede sein, einem enormen Anstieg des Gewalt- und Personenpotenzials tatenlos zuzusehen. Die Staatsregierung und der Verfassungsschutz müssen umso härter gegen Rechtsextremismus arbeiten. Insbesondere im Internet muss noch mehr gegen Extremist*innen vorgegangen werden. Hier sind auch die großen Social-Media-Konzerne in die Pflicht zu nehmen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert deswegen unter anderem eine verstärkte Beobachtung der Querdenker*innenszene, eine Entwaffnung der Reichsbürger*innenszene, eine Beobachtung der gesamten AfD und Maßnahmen gegen Hate-Speech (Hassrede) im Netz.

DIE JUSOS IM GESPRÄCH MIT DEM BDKJ



Leon Seeberger, Geschäftsführer der Nürnberger Jusos.



Daniel Röhrer, Vorstand des BDKJ Nürnberg.

Wir wollen unsere Artikel nutzen, um ein Licht auf die verschiedenen engagierten Jugendorganisationen in der Stadt zu werfen. Gerade auch solche, die nicht klassisch Teil unserer „SPD-Bubble“ sind. Ihnen wollen wir die Aufmerksamkeit geben, die sie für ihr Engagement verdienen. In der vorletzten dsp-Ausgabe sind wir in dieses Projekt mit einem Interview mit Eren Taskin von der Stadt-SMV gestartet. Diesmal soll es mit dem BDKJ („Bund der Deutschen Katholischen Jugend“) weitergehen. Dazu hat sich unser Geschäftsführer Leon Seeberger mit dem Vorstand des BDKJ Nürnberg, Daniel Röhrer, unterhalten.

gendgruppen, es ging um den Umgang mit rechtem Gedankengut. Dazu haben wir in Nürnberg dann noch eine politische Diskussion mit u. a. Arif Taşdelen von der SPD veranstaltet, die im Internet gestreamt wurde. Da wurde dann darüber diskutiert, welchen Einfluss rechte Kreise und gerade die AfD auf die Jugend und Jugendarbeit haben, und wie man sich dagegenstellen kann.

Dementsprechend sind wir übrigens auch Mitglied der Allianz gegen Rechtsextremismus.

Der BDKJ hat ja den Glaubensbezug ja schon im Namen. Welche Rolle spielt Religion in eurem Verband?

Die spielt natürlich eine Rolle – deswegen nennt es sich katholische Jugend. Es ist aber nicht so, dass man katholisch sein müsste, um in einem unserer Verbände Mitglied zu sein. Da kann man sein, was immer man will. Wir selbst vertreten aber christliche Werte, wie vor allem die Nächstenliebe. Und natürlich gibt es auch spirituelle Angebote, die christlich-katholischer Natur sind.

Eine aktuelle politisch-religiöse Diskussion ist die Segnung homosexueller Paare. Was ist denn die Position des BDKJ dazu und bringt er sich in diesen Streit selbst ein?

Ja, da bringt sich der BDKJ sehr aktiv ein. Auf Bundesebene lobbyieren wir sehr stark für diese Segnungen. Es ist auch seit Jahren Beschlusslage des BDKJ, dass Pfarrer homosexuelle Paare segnen dürfen sollen. Alles andere macht auch wenig Sinn, bei den Fahrzeugsegnung werden jedes Jahr reihenweise Bobbycars gesegnet – da ist es für mich dann auch nicht nachvollziehbar, warum man Menschen nicht segnen dürfen sollte, nur weil sie einen anderen Menschen lieben.

Danke für die spannenden Antworten! Zum Abschluss eine letzte Frage: Was wünscht sich der BDKJ Nürnberg von der Stadtpolitik? Der BDKJ Nürnberg wünscht sich vor allem,

dass die Stadtpolitik wahrnimmt, wie viel Jugendarbeit außerhalb des schulischen Systems leistet. Gar nicht speziell der BDKJ, sondern alle beteiligten Verbände. Das sind ehrenamtlich Aktive, die da auf ihren Freizeiten junge Menschen betreuen und weiterbilden. Mit dem bisschen Geld, das sie bekommen, stellen sie riesige Aktionen wie Zeltlager, Workshops oder andere Weiterbildungsangebote auf die Beine. Dass diese Leistung etwas mehr anerkannt und honoriert wird, das würden wir uns wünschen.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektorat: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift: der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



von CHRISTINE KAYSER

Beim Blick auf unsere Straßen und Plätze stellen sich derzeit die Fragen: Wem gehört der öffentliche Raum? Wie werden die Flächen verteilt? Wers sollen die Nutznießer der öffentlichen Flächen in der Stadt sein? Nicht nur der Wunsch nach mehr Orten zum Wohlfühlen, sich treffen und Entspannen in der Öffentlichkeit ist groß, sondern auch der zur Mitgestaltung. Aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion galt es, dieses schlummernde Potenzial für mehr Lebensqualität und lebendige Demokratie zu heben.

Wir bringen die Soziokultur auf die Straßen und Plätze!

Mit der Idee „Möglichkeitenräume“ wollen wir Bürgerinnen und Bürger ermächtigen, gemeinsam eigene, stadtgestalterische Ideen umzusetzen. Die Initiative ist ein Musterbeispiel der Verbindung von sozial-gesellschaftlicher Einbindung und Ökologie. Damit ermöglichen wir eine demokratische Transformation von Teilen des öffentlichen Raums. Ein sozialdemokratisches Projekt wie es im Buche steht. Es gibt einige städtische Flächen, die in Nürnberg derzeit nicht genutzt werden oder zu wenig einladend gestaltet sind. Die Menschen sollen sich diese wieder zurück „erobern“. Initiativen, Vereine und Kulturschaffende haben gute Ideen und spannende Ansätze, Sie sollen vor Ort die Möglichkeit bekommen, miteinander auszuprobieren, wie sie „ihren“ öffentlichen Raum für sich nutzen wollen.

Das war der Ausgangspunkt für unseren Antrag für einen Sondertopf „Möglichkeitenräume“ über 50.000 € für die vielen engagierten Vereine, (Nachbarschafts-)Initiativen und interessierte Kollektive in den Haushaltsberatungen 2020. Diese Idee wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Mehr Bäume, Kunstaktionen, Ruhezeiten zum Entspannen, neue Bänke, Stühle oder Sitzmauern, Brunnen, mehr Platz für Fußgänger, das und vieles mehr macht jetzt das Sonderprogramm „Möglichkeitenräume“ der SPD-Stadtratsfraktion möglich – und zwar von den Menschen direkt vor Ort ausgehandelt und ausprobiert.

Schon jetzt steht fest: Unsere Idee ist ein Erfolgsprojekt. 2021 haben bereits drei Projekte knapp 14.000 EUR Förderung erhalten, vier Projektbewerbungen mit insgesamt 22.000 EUR werden derzeit geprüft und fünf weitere Projekte haben bereits angekündigt, konkret die Förderungsmöglichkeit zu beantragen.

Aus unserem ersten Projekt „Möglichkeitenraum“ in St. Peter wurde gleich ein richtiger Stadtteilplatz: Der Bleichplatz. Klein angefan-



MÖGLICHKEITSRÄUME:

SPD-IDEE FÜR BÜRGERNAHE STADT-

TEILGESTALTUNG IST ERFOLGSPROJEKT

Auf Initiative der SPD wird der Bleichplatz in St. Peter verschönert!

gen mit dem wichtigsten Wunsch der Anwohner, der Rettung einer wild aufgegangenen Ahornbaumgruppe. Dies war der Anstoß für das Stadtplanungsamt, die lange ruhende Planung wieder aufzunehmen und einen kleinen „Anker“ um die Bäume mit Sitzbänken zu entwickeln.

Weitere Projekte in Umsetzung mit Mitteln aus dem Fördertopf „Möglichkeitenraum“ sind:

> **Lebendige Plätze in der Nürnberger City – Prototyp Lorenzer Platz**
Grünclusiv e.V.

> **Mobiles Atelier Edel Extra an Standorten im Stadtteil Gostenhof**
Edel Extra – Verein zur Förderung ästhetischer Prozesse e.V.

> **Mobiles Amt für Ideen – Pilotbetrieb 2021 in Gostenhof und in der Südstadt**
Urban Lab gUG

Vor wenigen Tagen wurde die Stadt Nürnberg zusammen mit 12 weiteren Städten mit dem Bundespreis „Kooperative Stadt“ ausgezeichnet. Damit werden Kommunen geehrt, die durch verschiedene Aktivitäten und Beispiele die Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Nachbarschaftsgruppen und soziokulturellen Akteuren aktiv fördern und so zu einer breiten Mitwirkung am und Mitgestaltung von Stadtraum beitragen.

Die Beurteilung der Jury im Wortlaut:

„Mit dem Stadtratsbeschluss ‚Möglichkeitenräume‘ hat die Stadt ein Sonderprogramm für Nachbarschaftsideen zur Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums eingerichtet, das die Jury als richtungsweisend lobte. Ein Raumkompass dient als Vermittlerstelle für Kunst- und Kulturschaffende mit Raumnot. Weitere Instrumente treiben den Ausbau der Anerkennungskultur voran und ermöglichen Kooperationen auf Augenhöhe.“



Christine Kayser

Wir – die SPD – werden weiterhin, wie in unserer langen Tradition, an der heute mehr denn je so notwendigen wichtigen integrierten und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung arbeiten. Der Sondertopf „Möglichkeitenraum“ hat jetzt die Soziokultur auf die Plätze und Straßen gebracht.

Der Preis setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen. Nürnberg dient somit als Vorbild für andere Städte hinsichtlich der kooperativen Stadtentwicklung. Neben den „Möglichkeitenräumen“ wurden folgende drei Kooperationsprojekte ausgezeichnet, die im Springenden Punkt ebenfalls vorgestellt wurden bzw. werden:

„Raumkompass – Dein Raum für Kultur“: Dabei handelt es sich um eine Vermittlungsstelle für von Raumnot betroffene Kunst-, Kultur- und Kreativschaffende. Nürnberger Vereins- und Ehrenamtsakademie: In diesem Projekt, das noch bis Ende 2022 läuft, werden die Grundsteine für eine Nürnberger Vereins- und Ehrenamtsakademie gelegt. Mit der Akademie sollen die Voraussetzungen für die ehrenamtliche Tätigkeit in Nürnberg weiter verbessert und die kooperativen Strukturen weiterentwickelt werden. Stadtteilkoordination: Hinter diesem Begriff verbergen sich Stadtteilnetzwerke, Stakeholder-Beteiligung und eine Sozialraumentwicklung in besonders entwicklungsbedürftigen Stadtteilen. Im Fokus aller Beteiligten – innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung sowie aus der Bevölkerung – stehen vor allem die Familien in den Quartieren. Hierzu sind derzeit fünf Koordinatorinnen und Koordinatoren in Stadtteilen unterwegs.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



„AUS RESPEKT VOR DEINER ZUKUNFT“

BUNDESPARTEITAG AM 9. MAI 2021

Ein Bericht von **YASEMIN YILMAZ,**
NASSER AHMED und THORSTEN BREHM

Bereits im Februar machte die SPD unter den Stichworten „Sozial. Digital. Klimaneutral.“ deutlich: Wir wollen und müssen die Zukunftsfragen für unser Land angehen, es ist allerhöchste Zeit – und wir haben auch die Ideen, wie uns das gelingen kann. Dieser Tenor begleitete auch den Außerordentlichen Bundesparteitag am 9. Mai 2021, auf welchem wir zu dritt Nürnberg in einer 77 Köpfe starken und engagierten bayerischen Delegation vertreten durften.

Auch dieser Parteitag fand digital statt. Über die Plattform Openslides wurden Stream, Antragsbuch und Abstimmungssystem integriert. Auf dem Programm standen die Diskussion und Verabschiedung unseres Wahl-

programms sowie die Bestätigung unseres Kanzlerkandidaten Olaf Scholz, der ursprünglich durch den Parteivorstand im Herbst 2020 nominiert wurde.

Eigentlich waren für den Bundesparteitag vier Stunden angesetzt. Doch mit einem Wahlprogramm, das viele wichtige Zukunftsfragen angeht, und der Präsentation des Kandidaten, die ein wichtiger Auftakt für die heiße Phase des Wahlkampfes ist, war das eine ambitionierte Planung. Das Extra an Zeit, das oben drauf kam, war also mehr als sinnvoll.

Die Arbeit und Zeit als Delegierte waren es Wert, mit dem Ergebnis dieses Parteitages können wir nämlich zufrieden sein:

Das Zukunftsprogramm ist in der Tat gelungen. Der bereits sehr gute Erstentwurf wurde

an mehreren Stellen mit guten Änderungsanträgen aus der Basis ergänzt und in bestimmten Punkten auch noch einmal geschärft. Auf knapp 65 Seiten finden sich klare Bekenntnisse zu einer ökologischen Wende, die auch immer eine soziale sein muss; die Bestärkung der Energiewende samt Kohleausstieg; starke Impulse für Zukunftstechnologien und Mobilität; Haltung und Respekt vor allen Menschen, die unsere Sozialpolitik und alle weiteren Konzepte durchzieht; und die Einbettung der Bundespolitik in europäische Visionen.

Nach einer guten Rede durch den Kandidaten, die das frisch verabschiedete Programm noch einmal in allen seinen Highlights bündelte, wurde Olaf Scholz schließlich mit einem starken Ergebnis von 96,2 % als Kanzlerkandidat bestätigt. Ein positives Signal und gelungener Auftakt für den nun akuten Wahlkampf!



Yasemin Yilmaz



Nasser Ahmed



Thosten Brehm

Aufgrund der weiterhin geltenden Kontaktbeschränkungen müssen auch im Juni einige der geplanten Parteitermine ausfallen.

Aktuelle Informationen zu den Terminen finden sich auf der Website der SPD Nürnberg unter www.spd-nuernberg.de.

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

Corona ist eine Zeitenwende und wird die Gesellschaft nachhaltig verändern. Es wird wohl keine Rückkehr zu der Normalität geben, die wir Anfang 2020 verlassen haben. Bei manchen Entwicklungen müssen wir gegensteuern, andere kann man sogar positiv nutzen. Darüber braucht es eine breite Debatte in der Stadt.

Ein Beispiel: das Homeoffice. Viele wünschen sich eine Rückkehr in ihren Büroalltag im Kreis der Kolleg*innen. Viele haben aber auch Gefallen daran gefunden, mehrere Tage zuhause zu arbeiten und damit die zeitraubende Pendelei ins Büro zu vermeiden. Pro Beschäftigten ein Schreibtisch – das ist in großen Unternehmen deshalb ein Auslaufmodell.

Wird das Auswirkungen auf die Stadtplanung haben? Brauchen wir zukünftig weniger Büroflächen, weil Unternehmen diese reduzieren? Müssen wir im Gegenzug mit einer Vergrößerung von Wohnflächen rechnen, weil mehr und mehr Menschen zuhause ein eigenes Arbeitszimmer haben wollen?

Für die SPD ergeben sich solche Fragestellungen quer durch fast alle gesellschaftlichen Bereiche. Wir sollten diese Entwicklungen gründlich analysieren, politisch gestaltend eingreifen und gemeinsam neue Antworten auf sich verändernde Rahmenbedingungen geben.

Ihr

Thorsten Brehm
SPD-Fraktionsvorsitzender

Soziale Nachschärfung der Nürnberger Corona-Strategie

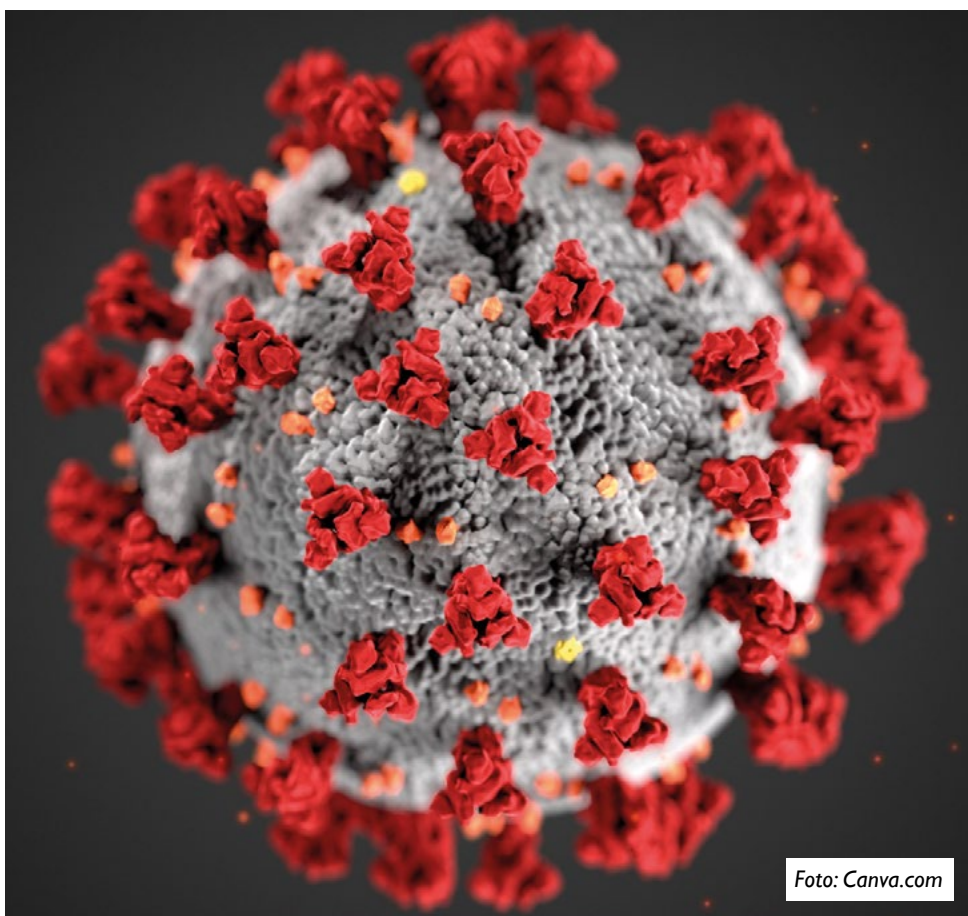


Foto: Canva.com

Nürnberg ist eine dicht besiedelte Stadt. In entsprechend hochverdichteten Stadträumen leben die Nürnberger*innen deshalb leider überdurchschnittlich häufig in kleinen Wohnungen bzw. beengten Wohnverhältnissen. Des Weiteren zeichnen sich die betroffenen Stadtteile mehrheitlich durch Arbeitsstrukturen aus, die nur sehr schwer oder kein Home-Office gestatten. Zudem sind in den eng besiedelten Teilen Nürnbergs meist aufgrund historisch gewachsener Baustruktur, wenig bis kaum öffentliche Frei- und Grünflächen vorhanden, die das alltägliche Leben und die Wege der Menschen vor Ort räumlich entzerren könnten.

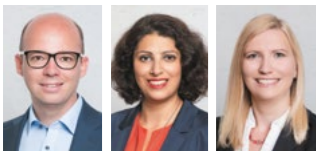
Aus den genannten Gründen werden den dort lebenden Bürger*innen notwendige Kontaktreduzierungen, die Nutzung von Home-Office sowie Möglichkeiten für (Selbst-) Isolation im Falle von Corona-Quarantäneregungen massiv erschwert.

Aus unserer Sicht müssen deshalb dringend im Zuge der Corona-Bekämpfung vor Ort verstärkt Angebote für Corona-Tests, Impfangebote und Quarantänemöglichkeiten geschaffen werden. Die durch das Gesundheitsamt kürzlich veröffentlichten stadtteilbezogenen Corona-Daten bestätigen die Vermutungen, die wir als SPD-Fraktion >>

bereits früh hatten: Besonders dicht besiedelte Stadtteile sind verstärkt von der Pandemie betroffen. Um die Frage der Gesundheit nicht zu einer sozialen Frage verkommen zu lassen, haben wir die Stadtverwaltung per Antrag dazu aufgefordert, für die betroffenen Stadtgebiete folgende Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen:

- > den Einsatz von sog. „Impfmobilien“ sowie die Einrichtung von dezentralen Impfstationen vor Ort (z.B. in Einkaufszentren),
- > Unterstützungsmöglichkeiten für den verstärkten Ausbau von Impfangeboten durch die ansässigen Hausärzte vor Ort,
- > die Einrichtung von sog. „Fieberhotels“, die Bewerbung Nürnbergs als entsprechende Modellregion inkl. zugehöriger Finanzierungsprogramme des Freistaats Bayern und den Krankenkassen,
- > die Erweiterung von stationären Corona-Testmöglichkeiten (Testzentren) vor Ort.

Dabei sollte nicht die Angst vor einer Stigmatisierung von Bewohner*innen einzelner Stadtgebiete vorherrschen, sondern stattdessen die Hoffnung auf Solidarität mit den Schwächeren in unserer Stadtgesellschaft.



Weitere Informationen: Thorsten Brehm; Diana Liberova; Jasmin Bieswanger; spd@stadt.nuernberg.de

Impressum

Herausgeber:

SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich:

Thorsten Brehm

Redaktion:

Michael Arnold, Thorsten Brehm

Grafische Gestaltung:

Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

Wohnungsnot bekämpfen: Neue gesetzliche Möglichkeiten nutzen



Foto: Canva.com

Der Mangel an bezahlbaren Wohnraum ist eines der großen sozialen Probleme in unserer Stadt. Als SPD-Fraktion ist es uns deshalb ein großes Anliegen hier mit allen Mitteln weiter gegenzusteuern. Genau dafür will der Bund nun per Gesetz den Kommunen mehr rechtliche Möglichkeiten und Spielräume geben. Das sog. „Baulandmobilisierungsgesetz“ will unter anderem das Vorkaufsrecht der Kommunen stärken und sieht für diese mehr Mitspracherecht beim sozialen Wohnungsbau vor. Der Spekulation mit Bauland soll ein Riegel vorgeschoben werden. Das Geschäftsmodell, nach dem ganze Mietshäuser in Einzeleigentumswohnungen umgewandelt werden, soll mit dem Gesetz gestoppt werden.

Angesichts des massiven Mangels an bezahlbaren Wohnungen in unserer Stadt ist es aus Sicht der SPD-Fraktion unbedingt notwendig, sich zeitnah mit der Nutzung dieser neuen Möglichkeiten zu beschäftigen. In Nürnberg befinden sich einige Gebiete, die aufgrund des dort angespannten Wohnungsmarktes für die neuen Regelungen in Frage kommen. Ein sinnvoller Schwerpunkt kann hierbei ggf. die Möglichkeit der Festlegung von sektoralen

Bebauungsplänen für sozialen Wohnungsbau sein.

Aus diesem Grund verlangen wir von der Stadtverwaltung eine konkrete Übersicht zu den Chancen und Möglichkeiten des Baulandmobilisierungsgesetzes. Zudem soll die Verwaltung darlegen, wo im Stadtgebiet genau durch das Gesetz neue Regelungshandhabung entsteht und darauf basierend eine entsprechende Priorisierungsübersicht vorlegen. Grundsätzlich wollen wir, dass die Verwaltung schon jetzt die Anwendung der neuen gesetzlichen Handhabung konkret vorbereitet.

Derzeit plant die CSU das Gesetz gegen ihren zuständigen Bundesminister Seehofer im Bundesrat noch zu Fall bringen. Diesem Vorhaben stellen wir uns entschieden entgegen, denn es wäre ein Schlag ins Gesicht für alle Städte und Gemeinden und auch für all diejenigen, die in Nürnberg bezahlbaren Wohnraum suchen.

Weitere Informationen:
Fabian Meissner;
spd@stadt.nuernberg.de



Kommunales Nachhilfeprogramm für Kinder und Jugendliche in Nürnberg

Das laufende Schuljahr fand und findet für die allermeisten Schüler*innen aufgrund der Corona-Pandemie leider zum größten Teil im Distanzunterricht statt. Je nach Qualität des Unterrichts kommen die betroffenen Kinder und Jugendlichen damit unterschiedlich zurecht. Derzeit kann noch niemand genau erklären oder beziffern welcher bildungspolitische Schaden hier langfristig durch diese Art der Beschulung entsteht und bereits entstanden ist. Lehrverbände schätzen aber, dass bei bis zu 25 % der Schüler*innen mit signifikanten Bildungslücken zu rechnen ist, die sie auch perspektivisch allein und parallel zur Schule nicht schließen werden können. Unser Ziel muss es daher sein, Bildungsgerechtigkeit wiederherzustellen und dafür in Nürnberg jetzt konkrete Angebote zu schaffen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Kinder und Jugendliche abgehängt werden und zurückbleiben.

Das Bundesbildungsministerium stellte kürzlich „Bildungsmilliarde(n)“ für Schüler*innen-Nachhilfeprogramme mit bspw. Pensionist*innen und Student*innen in Aussicht. Nürnberg bietet mit ansässigen Lehramtsstudent*innen, pensionierten Lehrkräften und vielen engagierten Freiwilligen die Möglichkeit, sinnvolle Nachhilfeprojekte kommunal aufzusetzen. Dieses Potential muss aus unserer Sicht dringend genutzt



Foto: Canva.com

werden, denn es geht dabei um unsere Kinder und die Zeit läuft.

Wir wollen, dass für Nürnberg ein kommunales Konzept für Nachhilfeprogramme zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aller Schularten aufgesetzt wird. Dabei wollen wir auch mögliche Verzahnungen und Koope-

rationen mit bestehenden Angeboten von Träger*innen der hiesigen Bildungslandschaft einbeziehen und entsprechende (Bundes-) Fördermittel in Nürnberg nutzen.

Weitere Informationen:
Claudia Arabackyj;
spd@stadt.nuernberg.de



Sicheres Nürnberg

In der Mai-Sitzung des Stadtrates wurden die Sicherheitsberichte der Polizei und der Stadt Nürnberg für 2020 diskutiert. Die gute Nachricht der Polizei: In Nürnberg lebte man 2020 noch sicherer. Weniger Straftaten und eine höhere Aufklärungsquote wurden festgestellt. Dabei geht die Polizei davon aus, dass kein Einmal-Effekt aufgrund der Corona-Pandemie vorliegt. Die Entwicklung verbessert sich nämlich schon seit mehreren Jahren. Besonders erfreulich: der Rückgang bei den Drogentoten und der Kinderdelinquenz. Deutlich stärker gefordert als im Vorjahr waren die Einsatzkräfte hingegen anlässlich zahlreicher Versammlungen. Auch die Treffen von sog. „Autoposern“ hielten die Polizei auf Trab. Die Stadt berichtete über die abgestimmten Maßnahmen, die im Rahmen des Sicherheitspakts von Stadt und Polizei sowie im AK Sicherheit und Sauberkeit vereinbart wurden. Der Außendienst der Stadt Nürnberg hat sich weiter etabliert und wird von den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner sehr geschätzt. Die Stadt hat ihre Möglichkeiten verbessert, Missstände im Stadtge-



Foto: Canva.com

biet zu verbessern und das Stadtrecht durchzusetzen. Angriffe auf den Außendienst gab es erfreulicherweise nicht. Anders das Bild im Hauptbahnhof: Hier haben insbesondere Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte die Statistik nach oben getrieben. Passantinnen und Passanten sind von Straftaten am Hauptbahnhof jedoch nur selten betroffen. Große Betroffenheit löste im Stadtrat aus, dass Einsatzkräfte der Polizei, aber auch von Rettungsdiensten und Feuerwehr immer häufiger angefeindet und teils sogar

angegriffen werden. Derartige Vorfälle verurteilen wir zutiefst. Für unsere Sicherheitspolitik gilt weiterhin: Nur im abgestimmten Vorgehen zwischen Polizei und Stadt und nur im Zusammenspiel von Ordnungsrecht und sozialen Maßnahmen kann eine gute Sicherheitslage erreicht werden. Darauf achten wir als SPD-Stadtratsfraktion besonders.

Weitere Informationen:
Dr. Ulrich Blaschke;
spd@stadt.nuernberg.de



Aktionsplan gegen Antisemitismus entwickeln und umsetzen

Derzeit erleben wir weltweit und leider auch in Deutschland ein Erstarken des Antisemitismus. Auch in unserer Stadt sind entsprechend diskriminierende Haltungen wieder mehr und mehr im öffentlichen Raum sichtbar und hörbar. Wir wollen uns im Sinne einer friedlichen und offenen Gesellschaft deshalb klar gegen jede Form von Antisemitismus stellen. Als Stadt des Friedens und der Menschenrechte und aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Nürnbergs tragen wir hierfür eine besondere Verantwortung.

Bereits 2014 hat die SPD-Stadtratsfraktion bei der Stadtverwaltung einen städtischen „Aktionsplan gegen Antisemitismus“ beantragt, dessen Zielrichtung und Aktualität bis heute nichts verloren hat. Dieser wurde bis-

her nicht auf den Weg gebracht, ist jedoch leider weiterhin dringend geboten – auch und besonders aufgrund der aktuellen Ereignisse. Die gute und klare Positionierung des Stadtrats in seiner kürzlich verabschiedeten Resolution zu jüdischen Leben in Nürnberg unterstreicht die Verantwortung der Stadt für das entschlossene Handeln gegen jede Form von Antisemitismus in Nürnberg.

Wir wollen, dass die Verwaltung nun den entsprechenden Aktionsplan erarbeitet und dafür konkrete Umsetzungsschritte vorlegt. Dabei sollen insbesondere pädagogische Konzepte für schulische und non formale Bildung entstehen, Implementierungsstrategien für Projekte in Kooperation mit den Jugend- und Sportverbänden sowie niedrig-

schwellige Schulungsmöglichkeiten ausgearbeitet werden. Bei der Erstellung und der Umsetzung des Plans muss die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure und der jüdischen Gemeinschaft Nürnbergs sichergestellt sein. Um weitere moderne Konzepte gegen Antisemitismus einzubeziehen, soll zudem ein Schwerpunkt auf bundesweite Akteursvernetzung gelegt werden. Für die Maßnahmen wird auch die Beantragung von Drittmittelfinanzierungen - vor allem durch Förderungsmöglichkeiten von Bund und Land – in Betracht gezogen.

Weitere Informationen:
Diana Liberova;
spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTTEILEN

NATURSCHUTZWACHT AUFSTOCKEN

Stadtwachstum und Corona-Pandemie führen zu einer verstärkten Nutzung der Landschafts- und Naturschutzgebiete im Stadtgebiet durch verschiedene Freizeitaktivitäten der Nürnberger*innen. Leider geht diese erfreuliche Entwicklung auch mit zunehmender Vermüllung der Schutzgebiete, einer häufigeren Missachtung von Wegeboten, widerrechtlichen Betreten in den Schonzeiten und nicht gestatteten Lagern und Campieren einher. Um unsere Natur zu schützen und weiter für alle zugänglich zu erhalten, fordert die SPD-Fraktion deshalb gemeinsam mit CSU und Grünen die Aufstockung der ehrenamtlichen Naturschutzwacht auf mindestens 20 Mitarbeiter. Damit soll eine intensivere Betreuung der Landschafts- und Naturschutzgebiete im Stadtgebiet sichergestellt werden.

BESSERE AUSSTATTUNG DER KINDERSPIELPLÄTZE

Wir wollen, dass die in die Jahre gekommene Nürnberger „Kinderspielplatzsatzung“ überarbeitet und entsprechend aktueller Herausforderungen angepasst wird. Seit diesem Jahr bestehen für die Stadt Nürnberg hierfür neue rechtliche Möglichkeiten, die aus unserer Sicht im Sinne von Kindern, Jugendlichen und Familien genutzt werden sollten. Es ist deshalb wichtig neue Rahmenbedingungen zu schaffen und u.a. bei Normung, Qualität der Spielgeräte, Eingrünung, Primat „Spielplatz vor Stellplatz“ sowie Nachhaltigkeit der Nutzung konkrete Verbesserungen für die Ausstattung von Spielplätzen zu ermöglichen.

MEHRSPRACHIGE ÖFFENTLICH- KEITSKAMPAGNEN FÜR CORONA-IMPFUNGEN

Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ist das Fortkommen und die Akzeptanz des Impfens von zentraler Bedeutung. Um dies zu erreichen müssen alle Bürger*innen ausreichend informiert, gut aufgeklärt und weiterhin sichtbar zur Impfung aufgerufen werden. Hierfür sollte niedrigschwellig und nachvollziehbar kommuniziert werden, um die Akzeptanz der Impfung weiter zu steigern. Dafür muss auch die Vielsprachigkeit unserer Stadt berücksichtigt werden. Wir wollen deshalb, dass die Stadt Nürnberg, gemeinsam mit externen Partner*innen, eine mehrsprachige Impfkampagne für den ÖPNV, auf öffentlichen Flächen und in hochfrequentierten Einkaufszentren entwickelt. Mit der Aufhebung der Impfpriorisierung, sollen zudem breit sichtbare und mehrsprachige, städtische „Aktionstage zur Corona-Impfung“ erfolgen.

ENTWICKLUNG DES GEWERBEGBIETS SCHMALAU-OST

Das geplante Gewerbegebiet Schmalau soll zu einem Zentrum für Handwerk und Mittelstand werden. Durch dessen Erweiterung östlich der Wiesbadener Straße hat die Stadt die Möglichkeit, auf eigenen Grundstücken neue Betriebsansiedlungen zu ermöglichen. Die SPD-Stadtratsfraktion plädiert dafür, das Areal im Rahmen einer eigenen Projektgesellschaft zu entwickeln und Unternehmen im Erbbaurecht zu überlassen. Zudem soll dort endlich ein Gewerbehof errichtet werden. Ziel muss es dabei sein, diese positiven Entwicklungsimpulse auch auf die Schmalau-West ausstrahlen zu lassen um dort ebenfalls zu einer Aufwertung zu kommen.

DENKMAL AM NÜRNBERGER HAUPTMARKT

Wir wollen, dass geprüft wird, ob und wie der bewegten Geschichte des Hauptmarkts als zentraler Ort Nürnbergs gedacht werden kann. Hierfür sollen verschiedene Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, z.B. ein erklärendes Online-Angebot im Netz, die Installation einer Stele oder eine Gedenktafel vor Ort. Aufgrund der historisch zugehörigen Bedeutung soll dabei auch das angrenzende Platzumfeld mit einbezogen werden, z.B. in Zusammenhang mit laufenden Planungen zur Neugestaltung des Obstmarkts. Dabei soll nicht nur auf ein einzelnes Ereignis hingewiesen, sondern ein Fokus auf die Vermittlung diverser komplexer historischer Zusammenhänge gelegt werden.

LADESTATION FÜR E-BIKES UND ON DEMAND BUSVERKEHRE

Im Zuge klimafreundlicher Gestaltung der städtischen Verkehrspolitik wollen wir auch die Nutzung von E-Bikes und Pedelecs erleichtern. Deshalb plädieren wir für die Installation einer Ladestation in Nürnberg. Diese sollte möglichst zentral positioniert werden, da das Nachladen vor allem für Touristen, die über die Fernradwege anreisen, oder für Besucher*innen der Innenstadt von Bedeutung ist. Zudem wollen wir gemeinsam mit VAG und Taxiunternehmen die Möglichkeit eines „On-Demand-Busverkehrs“ mit digitaler Steuerung schaffen. Damit können derzeit noch unrentable Strecken im ÖPNV-Gebiet geschlossen und Fahrten außerhalb der bisherigen zeitlichen Taktung ermöglicht werden.